

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Leitung:
Kasimir Riesner
Herausgeber:
Kasimir Riesner
Verlag:
Kasimir Riesner

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptstaatsamtes Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1588.
Girokonto:
Riesa Nr. 42.

Nr. 28.

Montag, 28. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsvereinigungen, Beschäftigten der Molkerei und Rinderzuchtvereinigungen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Abgang für die Nummer des Ausgabejahres sind die 9 Uhr vormittags aufgegeben und im Voraus zu bezahlen: eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. zum ersten 1. zum Jahre Grundpreis 600 Gold-Pfennige; die 20. zum zweiten 100 Gold-Pfennige; je nach Inhalt und tabellarischer Satz 50%, Kuchlein, feste Tarife. Demütiger Nachdruck, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kostliche Unterhaltungsbeilage "Stähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: August & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Steuern, die die andern zahlen.

Von Desinteressierten.

„Wenn der Staat um neue Steuern geht — wie heute wieder, wenn verhandelt und gefällig wird — wie ich. Wenn ich berufene und unberufene Sachverständige mit Vorschlägen melde, wie es besser gemacht werden könnte — wie wir es heute wieder erleben... Dann fragt sich jeder: Werde ich durch die neuen geplanten Steuern oder durch die Steuererhöhungen überhaupt persönlich betroffen? Und kommt er zu der Überzeugung, er brauche seinen Pfennig mehr bezahlen als bisher, so erklärt er sich für desinteressiert, er sei denn ein Volkswirt, der mitreden will, oder ein Politiker, der mitreden muß, oder ein Bierbankpolitiker, der sich in jeden Kampf selbstverständlich einmischt.“

Wird es aber — so muß man fragen — wirklich Steuern, die einen oder den anderen nicht betreffen? Fast könnte es so scheinen. Der Aktivist wird sagen: Ich trinke kein Bier und keinen Alkohol, folglich geht mich diese Steuer nichts an. Die anderen sollen ruhig bezahlen. Unterfrage er aber einmal, ob wirklich diese Steuern nur von den Biertrinkern getragen werden. Tatsächlich wird logar der Sängling durch die Biersteuer befreit. Höhere Bierpreise zwingen die Brauereien zu höheren Preisen. Höhere Bierpreise müssen von den Biertrinkern getragen werden. Die Biertrinker sind nun nicht alle nur gewöhnliche. Sie sind in Geschäften tätig und müssen aus geschäftlicher Notwendigkeit Ausgaben für Bier machen: Der Direktor bei Besprechungen, der Reisende beim Verkauf. Diese notwendigen Ausgaben kommen in den Ausgabenetat des Geschäftes. Die Ausgaben müssen durch Verkauf von Waren wachgehalten werden. Und da die Preise für diese Waren sich nach den Ausgaben orientieren, werden sie folglich auch durch das Bier, weiter gesehen durch die Biersteuer, verteuert. Man kann aber auch andere Wege gehen, um den Nachweis zu führen, daß sich die Biersteuer letzten Endes auf die breite Masse, auf jeden auswirkt.

Welche Steuer wir auch herausheben, sie wird jeden treffen, denn wenn eine direkt durch eine Sondersteuer betroffene Industriebranche die Steuer ausbringen soll, muß sie sie auf ihre Erzeugnisse umlegen. Diese aber wandern weiter und verzwirnde Wege, so daß jeder von einer Steuer, wie sie auch heißt, berührt wird, und wenn auch nur einen kleinen Prozentsatz, so doch unbedingt mitteilen muß, die Kosten des Staates zu füllen. Da es nun so viele Arten von Steuern gibt, so wird man leicht einsehen, daß wir auf Schritt und Tritt an den Staat einen Tribut zahlen, von dem wir gar nichts ahnen. Und sind wir uns dessen klar, so werden wir mit Schrecken wahrnehmen, daß wir falsch handeln, wenn wir sagen: Diese Steuer interessiert mich nicht — lasst die Schlemmer nur zahlen. Und die Konsequenz dieser Überlegung: Wir haben — um welche Steuer es sich auch handeln mag — samt und sonders ein Interesse daran, sie zu bekämpfen, denn wir sind immer interessiert, wenn wir den Kampf auch noch so tief in den Sand stecken.

Es lohnt sich jedenfalls, einmal eine kleine Blütenlese der Steuern zu geben, die direkt oder indirekt auf uns lasten — wir tragen sie, wie sie auch heißen, selbst die Vermögenssteuer, auch wenn wir keinen Pfennig Vermögen haben. Da gibt's also: Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Kirchensteuer, Ländesteuer, Grundsteuer, Lohnsteuer, Lohnsummensteuer, Grundsteuer, Vermögenswachstumssteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer, Wertwachstumssteuer, Versicherungssteuer, Gewerbesteuer, Autosteuer, Kellnersteuer, Stempelsteuer, Wechselsteuer, Biersteuer, Salzsteuer, Tabaksteuer, Erbschaftsteuer, Eckenmaßsteuer. Es gibt — außer dieser Liste von Steuern, die einem gerade einfallen — noch eben so viele, die einem nicht täglich begegnen. Aber man wird schon schauen, wenn man diese kleine Zusammenstellung vor Augen hat. Jeder weiß, daß es viele Steuerarten gibt, daß es aber so viele Steuern geben kann, ist einem erst klar, wenn man systematisch vorgeht.

Und nun, wenn wir diese Liste vor uns haben, diese halbe Dose, sagen wir ruhig, schauen wir die einzelne Steuer einmal an und überlegen: Fragen wir sie direkt, indirekt auf vielen Umwegen? Nur wenige Steuern geben uns tatsächlich direkt etwas an. Aber alle, das wird man bei einiger Überlegung sehr bald heraus haben, müssen von uns allen bezahlt werden. Die sollen würden wir leben, wenn auf den Dingen des täglichen Bedarfs nicht die Umfragen so vieler Zwischenstufen liegen: die Pötte, die Werkzeuge, die Umhänge, die Anzeiger, die Versicherungsteuer, Lohnsummensteuer und was es alles gibt, das sich so einstellt und auf die Waren geschlagen werden muß. Vom Handel, von der Industrie, von allen, die leben und leben wollen.

Es wäre eine schöne Doktorarbeit, einmal festzustellen, wie billig im Grunde der Produktionsprozeß wäre, wenn er nicht durch die Steuern so mißgünstige Erhöhung fände, und wie billig das tägliche Leben sich gestalten könnte, wenn wir nicht auf Schritt und Tritt den Steueranteil zu erlegen hätten. Sogar kommt ja noch, daß bei der notwendigen Preissteigerung infolge der Steuern noch immer ein Zuschlag über den normalen Satz genommen wird. Dieser Zuschlag von vielen Seiten macht mehr aus, als die auszubringende Steuer. Wir kennen dieses Rechenexempel ja aus der Umsatzsteuer. Nicht nur der Umsatzsteueranteil des einzelnen Geschäftes liegt an der Ware, sondern, es ist und gerade bei diesem Steueranteil vorgezeichnet worden, eine

Feierlicher Abschluß der Grünen Woche in Dresden.

in Dresden. Im überfüllten Saal Carrasani fand Freitag vormittag die

Sauptversammlung des Sächsischen Landbundes

als feierliche Abschlusssitzung der 9. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche statt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Dresden, des gesamten Landbundes, befreundeter Vereinigungen, der großen Wirtschaftsverbände, sämtlicher landwirtschaftlicher Korporationen und der sächsischen Verbände mit ihren Familien teil. Die Stahlhelmkapelle stimmte das Niederländische Dankgebet an.

Darauf begrüßte der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Gustav Schneider, M. d. L., die Versammlung, vor allem die als Gast erschienenen Vorstehenden des Pommerischen Landbundes, Freiherrn v. Mohr, und widmete dem im letzten Jahre hingegangenen Vorsitzenden des Sächsischen Landbundes, Alexander Wagenknecht, einen warmen Nachruf. — Darauf sprach Rittersgraben v. Hase-Demmin über den Kampf der deutschen Landwirtschaft um ihre Existenz. Jahr um Jahr kämpfte das gesamte deutsche landwirtschaftliche Volk um Gerechtigkeit und um den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft. Um diesen Kampf siegreich zu gestalten, sei folgendes zu bedenken: Man müsse dem Landvolk helfen, wenn man wolle. Das sei zum Teil bewiesen durch das Schleichende Rotprogramm. Das fürchtbare sei nur, daß auf Preußen, dem Rückgrat des Deutschen Reiches, heute die Diktatur der roten Hand ruhe. Es gebe für das Bauernvolk keine andere Hilfe als die Durchsetzung der roten Diktatur.

Das Bauernvolk sei heute unmittelbar vor der Verzweiflung. Aber auch nur ein verzweifelt Bauernvolk könne Deutschland aus seinem jetzigen Schicksal retten. Es sei ganz falsch, sich allein in die Selbsthilfe zu verlassen. Der seltsame Bericht Paster Silberhüte war zustande gekommen, weil man auf dem Rücken des im Stand verfallenen Landvolkes eine verlogene Fassade verknüpft und durchgeführt hat.

Der Redner ging dann im einzelnen auf die Notlage des kleinen Landwirts näher ein und führte dann aus: Wir Landwirte beugen uns gern jeder Gewalt, die dem Staate dient, aber die heutige Macht haben wir nicht, den Staat zu zerschlagen. Der Redner warnte nachdrücklich davor, sich durch die Verlogenheiten sozialdemokratischer Minister Sand in die Augen streuen zu lassen. Diese Männer erinnern lebhaft an das Protokoll, das beim Verschlingen seines Opfers Tränen vergießt.

Der Redner formuliert dann im einzelnen die heftigsten Forderungen der Landwirtschaft und schloß damit, daß der Kampf des Bauernvolkes den Sieg herbeiführen müsse, den das deutsche Volk zu seiner Befreiung brauche. (Minutenlanges, ständendes Beifall.)

Nach einem Schlußwort des stellvertretenden Landesvorsitzenden des Sächsischen Landbundes, Landtagsabgeordneter Schleichende-Wagen und Musikstücken der Stahlhelmkapelle wurde dann von den 800 versammelten Landwirten einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:
Der durch Artikel 104 der Verfassung des Deutschen Reiches garantierte Schutz gegen Überlastung und Ausbeutung der Landwirtschaft ist bisher vernachlässigt worden. In dem Maße, wie die Wirtschaftspolitik seit der Revolution auf Kosten der Landwirtschaft geführt; und die nationalwirtschaftlichen Rechte der trügerischen Klassen gewahrt, durch Ausbeutung der Landwirte um jeden Preis die Wirtshaft der Landwirtschaft zu ruinieren.

Das vernichtende Ergebnis dieser falsch orientierten und in ihrer Wirkung gegen die Landwirtschaft gerichteten Politik ist: eine Verdrängung der deutschen Landwirtschaft in den letzten 10 Jahren in Höhe von 14 Millionen Hektar.

Unter der Wirkung der jährlichen Betriebsverluste, unter dem rasch anwachsenden, erstickenden Druck der un-

tragbaren Schuldenlasten ist die völlige Verdrängung des freien Bauernlandes von der eigenen Scholle nur eine Frage der Zeit.

Das kann zurückbleibt, ist ein wirtschaftlich unfreies, teils verarmtes, vom internationalen Finanzkapital abhängiges proletarisches Landvolk, welches niemals die politische notwendige Aufgabe lösen kann, für die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft zu sorgen.

Nicht durch eigenes Verschulden ist der Bauer in seine verzweifelte Notlage geraten; er ist das Opfer einer auf ein falsches Ziel eingeleiteten Gesamtpolitik geworden, die trotz ihrer offensichtlichen Mißerfolge, trotz dauernder Warnung aus dem eigenen Lande auch heute noch weitergeführt wird.

Aus dieser Tatsache leitet der Sächsische Landbund in Übereinstimmung mit der im Reichslandbund organisierten Landwirtschaft das moralische Recht auf rasche, praktische, durchgreifende Hilfe für die Landwirtschaft her und fordert: Sogleich Wiedergutmachung des Schabens, der den Bauern durch die bisherige Wirtschaftspolitik des Reiches zugefügt ist.

Der Sächsische Landbund verlangt, daß diese Wiedergutmachung an der deutschen Landwirtschaft als bevorrechtigte Forderung anerkannt wird und den Triballeistungen an unsere früheren Feinde vorgeht.

Jede solche Wiedergutmachung muß aber im Endresultat wirkungslos bleiben, würde weiterhin an einer Wirtschaftspolitik festhalten, deren unheilvolle Folgen offen zutage liegen.

Das jedem anderen Berufsstande widersprechend zu erwartende, selbstverschuldete Recht auf einen angemessenen Reinerwerb aus Arbeit und Vermögen muß auch für den landwirtschaftlichen Betrieb endlich wieder Geltung bekommen.

Diesem seit Jahren aufgestellten und berechtigten Verlangen hat die Gesamtwirtschafts- und Steuerpolitik des Reiches und des Landes Rechnung zu tragen.

Welche Forderungen im einzelnen die Herbeiführung einer in sich abgeschlossenen, auf eigener Kraft beruhenden Wirtschaftspolitik einschließt, ist vom Sächsischen Landbund so oft ausgesprochen, daß jede Wiederholung sich erübrigt.

Auf den unabweisbaren Ernst der Lage mit allem Nachdruck hinzuweisen, ist aber unsere Pflicht.

Es ist nicht so, wie Männer, die im öffentlichen und politischen Leben stehen, und nur zu berechtigten Gründen der breiten Masse glauben machen wollen, daß nur der ständige Streikgrundbesitz unrettbar verfallend, der bäuerliche Besitz aber durchweg gesund ist.

Die sächsische Landwirtschaft ist in allen Beziehungen durch den wirtschaftspolitisch bedingten Verschuldungsdruck in den vernichtenden Strudel des Zusammenbruchs hineingezogen, aus dem sie sich allein nicht mehr befreien kann.

Das deutsche Volk muß sich bemühen, sich deman handeln, daß die Erhaltung der Landwirtschaft nicht Selbstzweck eines Berufsstandes ist, sondern die Sicherung der politischen Zukunft unseres Vaterlandes (Schicksal) bedeutet. Das Volk ist der Quell, aus dem dem Landwirte neue Kräfte zufließen! Nur auf der Grundlage einer gesunden Landwirtschaft kann ein in sich gefestigter Staat seine kulturellen Aufgaben erfüllen.

Deutschland kann seine politische Freiheit nur dann gewährleisten, wenn freie Bauern auf freiem deutschen Boden unter Volk zu erziehen in der Lage sind.

Den Männern aber, welche Deutschlands Geschicke verantwortlich leiten, ruft die auf der Haupttagung des Sächsischen Landbundes aus allen Teilen des Landes versammelte sächsische Landwirtschaft zu:

„Das Wetterleuchten am politischen Horizont, die Vorkämpfer in Berlin und in Schleswig-Holstein sind erste Warnzeichen einer Verzweiflungshandlung, die über Nacht ganz Deutschland in Flammen setzen kann.“

Wohne dem Staat, der sich seinen Bauern entfremdet und glaubt, ohne Rücksicht auf seine Landwirtschaft die Geschicke des Reiches gestalten zu können. Er handelt gegen sich selbst und seine Zukunft.

„Bauer und Nation sind schicksalsverbunden!“

Band schreiben. Es ist ein anderes, ebenso interessantes Kapitel.

Drohender Bergarbeiterstreik in Okerbistleben.

in Rattow. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände wurden am Sonntag wegen des Lohnstreites nach Rattow berufen. Hier wurde ihnen erklärt, daß die Forderungen der Bergarbeiter keine Rechtsgrundlage hätten, da das bisherige Tarifabkommen immer noch verbindlich sei. In einer gestern in Rattow abgehaltenen Betriebsratkonferenz der Bergarbeiter Okerbistleben wurde die Arbeitsgemeinschaft ermächtigt, heute das Arbeitsverhältnis im Graben zu kündigen. Werden die Forderungen der Bergarbeiter nicht mit Ablauf der Kündigungsfrist, also am 11. Februar, berücksichtigt, so beginnt der Streik. Es wurde gleichzeitig beschlossen, sofort mit der Organisation der Streikkommission zu beginnen.